

## Presse-Information

### Die Allianz gegen das geplante Angelverbot wächst!

Während das Bundesumweltministerium (BMUB) unbeirrt an seinen Planungen zum Verbot der Freizeitfischerei in den Schutzgebieten der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Nord- und Ostsee festhält, wächst im Norden der Widerstand.

Mit dem Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. (OHT) und dem Verband für Camping- und Wohnmobiltourismus e.V. (VCSH) sind zwei weitere Partner aus dem Tourismus zu der von den Angel- und Fischereiverbänden ins Leben gerufenen Allianz gegen das geplante Verbot hinzugestoßen.

Weitere Unterstützung erfährt die Allianz aus den Reihen der Politik. Nachdem bereits der Landtag Schleswig-Holstein sich explizit gegen das geplante Verbot ausgesprochen hat, haben auch die Umweltminister aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit eines generellen Verbots der Freizeitfischerei.

Aber nicht nur der Norden wehrt sich gegen die Planungen des BMUB. Zahlreiche Landesangel- und Fischereiverbände in Deutschland erklären sich solidarisch mit dem Norden. So hat der Fischereiverband NRW sämtliche Bundestagsabgeordnete aus NRW aufgefordert, sich gegen das geplante Verbot auszusprechen.

Das BMUB plant, das Angeln in den Schutzgebieten der Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) in Nord- und Ostsee generell zu verbieten. Durch das umstrittene Vorhaben des BMUB sind hunderte von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen Regionen der Nord- und Ostsee gefährdet, ohne dass die Natur dadurch einen nennenswerten Vorteil erhält.

Das BMUB begründet seine Gesetzesplanung mit der Zunahme eines undefinierten Schiffsverkehrs und daraus resultierenden Fluchtdistanzen von Wasservögeln. Zudem erhebt es den Vorwurf, die Meeresbodenstruktur würde beim Angeln zerstört und die Freizeitfischerei führe zu bestandsrelevanten Entnahmen. Für diese Begründungen erbringt das BMUB aber keinen wissenschaftlichen Nachweis.

Die Argumentation des BMUB ist nicht nachvollziehbar. Während das Angeln in den Schutzgebieten aus obigen Gründen verboten werden soll, ist in den gleichen Schutzgebieten weiterhin jeglicher anderer Schiffs- und Bootsverkehr uneingeschränkt zulässig. Auch Windkraftanlagen und Pipelines dürfen und werden weiter erbaut, der Abbau von Bodenschätzen ist weiterhin zulässig.

Für den 10. Juni 2016 ist ein Besuch des Staatssekretärs im BMUB, Herrn Jochen Flasbarth, in Ostholstein geplant. Große Hoffnungen, dass Herr Flasbarth dort einen Verzicht auf das geplante Verbot der Freizeitfischerei verkünden wird, haben die Betroffenen nicht. Herr Flasbarth war von 1994 bis 2003 hauptamtlicher Präsident des Naturschutzverbandes Deutschland (NABU). Nach Auffassung des NABU gehen die verheerenden Planungen des BMUB nicht einmal weit genug. Der NABU fordert gemeinsam mit anderen Umweltverbänden eine „Nullnutzungszone“.



**Wir sind gegen ein Verbot der Freizeitfischerei in den Gebieten „Doggerbank“, „Borkumer Riffgrund“, „Sylter Außenriff“, „Fehmarnbelt“, „Kadettrinne“ und „Pommersche Bucht – Rönnebank.“**

Mitglieder der Allianz gegen das Verbot der Freizeitfischerei in den Schutzgebieten der AWZ (Stand 27.05.16):

- Deutscher Angelfischerverband e.V.
- Deutscher Fischerei-Verband e.V.
- Deutscher Meeresanglerverband e.V.
- Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH EGOH
- Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG
- Landesanglerverband Mecklenburg- Vorpommern e.V.
- Landessportfischerverband Schleswig-Holstein e.V.
- Ostsee-Holstein Tourismus e.V.
- Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern
- Tourismusverband Schleswig-Holstein
- Unternehmensverband Ostholstein-Plön
- Verband der Bäder- und Hochseeangelschiffe e.V.
- Verband für Camping- und Wohnmobiltourismus in Schleswig-Holstein e. V.
- Zebco Europe GmbH

weitere Unterstützer:

- Landesfischereiverband Mecklenburg-Vorpommern
- Stadt Heiligenhafen
- Stadt Fehmarn
- Kreis Ostholstein

Eutin, den 27.05.2016

weitere Presseinformationen:

Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH

Jens Meyer

[meyer@egoh.de](mailto:meyer@egoh.de)

04521/ 808804

